

Queere Sichtbarkeit im öffentlichen Raum stärken – 26 Ampeln mit queeren Symbolen für Bremen und Bremerhaven

Begründung:

Im Jahr 2024 wurden in Bremen mindestens 26 queer-feindliche Straftaten polizeilich erfasst. Das ist ein Anstieg um ca. 44% seit 2021. Jede dieser Straftaten stellt einen Angriff auf die Existenz, Identität und das Leben von Menschen dar, die nicht in ein von Hass und Intoleranz geprägtes Weltbild passen.

In den USA unterzeichnete Trump eine Executive Order, nach der die USA gesetzlich nur noch zwei Geschlechter – männlich und weiblich – anerkennen. Die Möglichkeit, einen „X“-Gender-Marker auf dem Pass anzugeben, wurde abgeschafft. Bundesfördermittel dürfen nicht mehr zur „Förderung von Genderidentität“ genutzt werden. Bundesweite Leitlinien zu trans*spezifischen Fragen wurden entfernt. In Ungarn wird queeres Material aus Bildungsunterlagen entfernt und queere Demonstrationen verboten. Georgien und Bulgarien verbieten ebenfalls queer-sensible Bildung. Auch in Italien verfolgt die Regierung ähnliche Vorhaben. Während international der Einfluss von queer-feindlichen Kräften zunimmt, ist es wichtiger denn je, dass Bremen als weltoffene Stadt ein klares Zeichen der Solidarität mit der queeren Community setzt.

Die Bundestagsverwaltung ermöglicht Mitarbeitenden nicht mehr die Gruppenteilnahme am CSD, im Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird gendersensible Sprache verboten. Diese Politik folgt dem internationalen Trend. Auch in Bremen schlägt der Trend sich auf die Zahlen nieder. Die steigende Zahl queer-feindlicher Straftaten zeigt eindeutig, dass Bremen handeln muss, um queere Identitäten besser in die Stadtgesellschaft zu integrieren. Damit widersetzen wir uns dem internationalen Trend und stehen offen für Toleranz.

Queere Ampelsymbole sind mehr als nur dekorative Elemente im Stadtbild. Sie sind ein sichtbares Signal der Anerkennung und des Respekts gegenüber der Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten. Sie vermitteln queeren Menschen das Gefühl, in Bremen willkommen und sicher zu sein. Gleichzeitig sensibilisieren sie die Gesamtbevölkerung für die Realität queer-feindlicher Gewalt und die Notwendigkeit, dagegen einzutreten. Die Idee, für jede erfasste queer-feindliche Straftat eine Ampel mit queeren Symbolen auszustatten, verbindet das Gedenken an erlittenes Unrecht mit einem positiven Zeichen für die Zukunft. Es transformiert negative Erfahrungen in ein sichtbares Bekenntnis zu Vielfalt und Akzeptanz. Städte wie Wien, Hannover, München und Hamburg haben bereits erfolgreich queere Ampelsymbole eingeführt und damit positive Resonanz erzielt. Aus temporären Installationen wurden dauerhafte Zeichen queerer Repräsentation. Bremen sollte diesem Beispiel folgen und seine Position als weltoffene, tolerante Stadt unterstreichen und die Selbsterklärung „Freiheitsraum für LGBTIQ*-Personen“ weiter stärken.

Die Installation eines Regenbogen-Zebrastreifens an einem zentralen Ort ergänzt die queeren Ampeln und schafft einen weiteren Ort der Sichtbarkeit und Anerkennung im öffentlichen Raum. Die Einbeziehung der Beiräte sowie queerer Organisationen und Initiativen bei der Standortauswahl stellt sicher, dass die Maßnahmen dort umgesetzt werden, wo sie die größte Wirkung entfalten können und von der Community mitgetragen werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, an 26 Ampelanlagen in Bremen (21) und Bremerhaven (5) die herkömmlichen Ampelsymbole durch queere Ampelsymbole (gleichgeschlechtliche Paare, Symbole für Trans* und nichtbinäre Personen) zu ersetzen, wobei jede dieser Ampeln symbolisch für eine der im Jahr 2024 erfassten queer-feindlichen Straftaten steht.

Zudem soll an einem zentralen Ort in Bremen ein Regenbogen-Zebrastreifen als dauerhaftes Zeichen queerer Sichtbarkeit installiert werden, bspw. am Fußgängerüberweg Hauptbahnhof/Bürgerweide.

Bei der Auswahl der Standorte sollen die Beiräte, queere Organisationen und Initiativen einbezogen werden. Bevorzugt sollen Ampeln an Orten der queer-feindlichen Straftaten im öffentlichen Raum umgebaut werden, während die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen gewahrt werden. Die Umsetzung soll idealerweise im Jahr 2025 aber spätestens bis zum Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Trans*-Feindlichkeit (IDAHOBIT) am 17. Mai 2026 erfolgt sein.